

Monopolkapitalisten gegen die Betriebsräte

Ließ sich die Entwicklung nach 1918 in die Worte zusammenfassen: „Der Kaiser ging, die Generale blieben!“, so bezeichnen die heute im Westen herrschenden Stimmungen unter der Arbeiterschaft die Lage sehr richtig mit der Feststellung: Ein Teil der Führer des Naziregimes ist gegangen, aber seine kapitalistischen Monopolherren und Junker sind geblieben, um das deutsche Volk abermals wie nach 1918 zu betrügen, ihre alten Machtstellungen wieder aufzurichten und die wirkliche Demokratisierung Deutschlands zu verhindern.

*Kein Ende, sondern Macht **Stärkung** der Monopolkapitalisten*

Trotzdem in den Potsdamer Beschlüssen vom Juni 1945 die Vernichtung der Kartelle, Trusts, Syndikate und anderer Monopolvereinigungen gefordert wurde, existieren die Konzerne der Vereinigten Stahlwerke AG, der Siemens, AEG, Flick, Daimler-Benz, IG-Farben, um nur einige zu nennen, heute noch. Das bisherige Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat wurde von der Militärregierung als Versorgungszentrale für den gesamten Bergbau der britischen Zone bestimmt. Der ganze Apparat des Syndikats mit seinen Nazidirektoren ist erhalten geblieben. Seine Herren beeilen sich schon, „ihren“ Arbeitern durch die bereits von früher her berüchtigten Werkzeitungen nunmehr „demokratische Ideologie“ einzutrichtern und haben bei der Militärregierung beantragt, die Herausgabe solcher Werkzeitungen zu genehmigen. Schön im August 1946 konnte man in Hamborn trotz sonstigen Papiermangels fertige Exemplare, auf bestem Papier gedruckt, in Massen liegen sehen.

Die Konzern- und Syndikatsherren setzen der Entfernung ihrer Vertrauensleute, der Nazi-Generaldirektoren und Wehrwirtschaftsführer einen immer stärker werdenden Widerstand entgegen. Sie finden dabei freundliche Unterstützung mancher ausländischer reaktionärer Kreise und gewisser „antifaschistisch-demokratischer“ Parteiführer. Eine weitere Machtstellung erfahren die Monopolkapitalisten außerdem durch die Zulassung aller möglichen Wirtschaftsvereinigungen; das sind die alten Unternehmerorganisationen mit neuen Namen.

Unternehmerschliche gegen die Betriebsräte

Mit besonderer Deutlichkeit wurde dies in der Gründungsversammlung einer solchen Organisation im Juli 1946 in Hildesheim bewiesen. Nachdem die Herren zu ihrem großen Bedauern zu der Feststellung gezwungen waren, daß der Betriebsrat in der sowjetischen Zone ebensoviel Macht hat, wie der Betriebsführer selbst, empfahlen sie den Unternehmern des Westens keine Gegnerschaft, sondern eine Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, aber unter Wahrung des Xileinbestimmungsrechtes des Unternehmers. Hierbei spekulieren sie auf Unwissenheit der Arbeiter, indem sie vorschlugen, man solle dem Betriebsrat solche Aufgaben stellen, daß er von selbst sage: „Davon verstehe ich nichts.“ Und worauf die Unternehmer weiterhin spekulieren, das geht aus einigen Bemerkungen des Sprechers des Zentralbüros der Sozialpolitischen Ausschüsse, Hannover, Herrn Block, klar genug hervor:

„Wir dürfen die Gewerkschaften nicht überschätzen. NureinBruchteilderArbeitnehmer ist in ihr vereinigt... Die politischen Richtungen tragen ihre Gegensätze auch in die Gewerkschaften.“

Das ist auch eine Bestätigung aus dem berufenen Munde eines Unternehmerführers, die bezeugt, wem Spaltung und Bruderkampf in der Arbeiterbewegung nutzen.

Die Taktik, unter Begleitung „demokratischer“ Reden und schöner Gesten auf die Unerfahrenheit oder Leichtgläubigkeit der Betriebsräte zu bauen, findet man heute bei vielen Unternehmern. So berichtet z. B. der Betriebsrat der IG-Farben in Ludwigshafen: „Die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Direktoren ist gegenwärtig eine denkbar gute.“ (Solange, bis die Herren der IG-Farben wieder fest im Sattel sitzen! D. Verf.) „Generaldirektor Dr. Wurster will sogar dem Betriebsrat künftig noch größere Rechte einräumen und hat den Gedanken zum Ausdruck gebracht, Vertreter der Arbeiterparteien in die Direktion zu berufen.“ Die Vertreter der Gewerkschaften stehen ihm wahrscheinlich zu fest auf dem Boden der Einheit der Arbeiterklasse. Weiter heißt es: „Ein Produktionsplan der Direktoren liegt wohl vor, konnte aber infolge der noch nicht geklärten

„In Politik, in Wirtschaft und in Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben. So sind bei der Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone sämtliche zentralen Behörden Vertretern kapitalistischer Auffassungen übertragen worden!“

(Aus einer einstimmig angenommenen Entschließung des Parteivorstandes der SPD vom 25. September 1946 in Köln.)

Dieses **Q & it undis dat sp &** «rollen wir uns merken! Dm so dringender ist die Aufgabe geworden, zusammen mit allen politisch ehrlichen Sozialdemokraten für ein **neutliches** Reaktion befreites and wirklich demokratisiertes Deutschland zu kämpfen.